

Gasflücht 40 Pfennige das Stück. Nach den neuen Steuer-  
sätzen der Zündwarensteuer sollen Zündhölzer in Schachteln  
mit weniger als 30 Stück Inhalt, die bisher 2 Pfennige Steuer  
leisteten, mit 4 Pfennigen versteuert werden. Für größere Schach-  
teln bis zu 60 Stück Inhalt soll die Steuer von 3 auf 6 Pfennige  
steigen. Zündkerzen aus Stearin, Wachs usw. sollen in Zukunft  
mit 20 Pfennigen für die 20-Stück-Packung, also mit 1 Pfennig  
für jedes Wachsstreichholz, besteuert werden. Die Leuchtmittel-  
steuer soll dann 60 Millionen statt der bisherigen 16 Millionen,  
die Zündwarensteuer 110 Millionen statt der bis jetzt geleisteten  
70 Millionen einbringen. Mit der Einführung dieser Steuer-  
erhöhungen hat man es sehr eilig. Sie sollen bereits am 1. Okto-  
ber 1921 in Kraft treten.

Den Biertrinkern ist eine vierfach erhöhte Besteuerung ihres  
Vielgeliebten Getränkes zugebacht. Außerdem ist noch eine Erweiterung  
in der Spannung zwischen den niedrigsten und den höchsten Sätzen  
— die Sätze sind nach den erzeugten Mengen in den einzelnen  
Brauereien gestaffelt — eintreten. Da im Winter der Bierkonsum  
bekanntlich wesentlich geringer ist als im Sommer, will man  
nämlich gestatten, daß die erhöhten Steuersätze erst vom 1. April  
1922 an erhoben werden sollen. Die Biersteuer, die bisher „nur“  
155 Millionen Mark einbrachte, soll dann 400 Millionen jährlich  
dem Reichsfiskus zuführen. Werden Bier- und Branntwein-  
trinker mit neuen Steuern belastet, dürfen der ausgleichenden  
Gerechtigkeit wegen auch die Wassertrinker nicht ungeschoren  
bleiben. 10 Pfennige für das Liter Mineralwasser und 20 Pfennige  
für das Liter Limonade werden gefordert, was eine Verdoppelung  
der Steuerhöhe bedeutet. Bisher flossen aus dieser Wasserabgabe  
30 Millionen, vom 1. April 1922 an sollen es jährlich 60 Millionen  
sein.

Der Tabak, das alte beliebte Steuerobjekt, das noch bei  
jeder Steuerreform in Deutschland bluten mußte, kommt auch  
diesmal wieder mit an die Reihe. Bisher konnte der Reichs-  
finanzminister für Zigarren, Zigaretten und feingeschlittene  
Rauchtabake beträchtliche Ermäßigungen auf die geltenden hohen  
Steuerhöhen eintreten lassen. Diese Vergünstigungen fallen nun  
weg; es sollen überall die vollen Sätze erhoben werden. Darüber  
hinaus aber sind noch Steuererhöhungen für feingeschlittene  
Rauchtabake, Rau- und Schnupftabake vorgesehen. Nicht weniger  
als 900 Millionen sollen auf diese Art durch die Tabaksteuer  
mehr eingebracht werden. Bisher leistete diese Steuer 1,8 Mill-  
arden Mark im Jahre, vom 1. Januar 1922 an sollen es 2,7 Mill-  
arden sein.

Zu diesen gewiß sehr beträchtlichen Verbrauchsteuern treten  
weiter sehr bedeutende Erhöhungen von Einfuhr-  
zöllen. Bedauernd wird in der Begründung der Vorlage dar-  
auf hingewiesen, daß durch den Friedensvertrag nicht nur eine  
Erhöhung der Zölle auf Wein und Süßfrüchte, sondern auch die  
Wiedereinführung der Getreidezölle unmöglich gemacht worden  
ist. Deshalb werden die sogenannten Genussmittel, die aus dem  
Ausland eingeführt werden, um so höher herangezogen. Es sind  
u. a. die folgenden neuen Zollsätze (für den Doppelzentner) vor-  
gesehen: Bananen 10 Mark, Datteln und Trauben-  
rosinen 60 Mark, Kakaobohnen, roh, 40 Mark (bisher  
20 Mark), gebrannt und ungeschält 90 Mark, Tee 350 Mark  
(bisher 220 Mark), Kaffee, roh, 200 Mark (bisher 130 Mark),  
Kaffee, gebrannt, 300 Mark (bisher 175 Mark). Kaffee und Tee,  
die sich bereits innerhalb des Zollgebiets im Verkehr befinden,  
unterliegen der Nachverzollung. Für Kaffee sind 70 Mark,  
für Tee 130 Mark für den Doppelzentner nachzuschlagen. Dabei ist  
zu beachten, daß die Zölle in Gold erhoben werden. Die Sätze  
erhöhen sich also noch ganz beträchtlich. Nach dem jetzt geltenden  
Umrechnungssatz wird z. B. ein Pfund gerösteter Kaffee mit  
12,50 Mark Zoll belastet werden. Der Mehrextrag aus den  
genannten Zöllen wird auf 46,6 Millionen Goldmark, d. h. nach  
dem jetzigen Umrechnungssatz auf mehr als 400 Millionen Papier-  
mark, geschätzt. Außerdem sollen noch für eine Reihe anderer  
Waren (meist Luxuswaren) die Zölle allgemein verdoppelt  
werden. Aus diesen Zöllen wird ein Mehrextrag von 15 Mill-  
arden Goldmark erwartet.

In diese lange Reihe von drückenden Verbrauchssteuern und  
Zöllen schließen sich noch zwei indirekte Steuern an, die von be-  
sonders tief einschneidender Wirkung sind: die Kohlensteuer  
und die Alkoholsteuer, über die im nächsten Artikel gesprochen  
werden soll.

## Die Programm-Debatte in Görlich.

Görlich, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.)  
Am Freitagnachmittag haben sich die Rechtssozialisten ein neues  
Programm gegeben. Der neue Entwurf, den die während der  
Tagung eingeleitete Kommission ausgearbeitet hatte, unterscheidet  
sich wesentlich von den beiden vorhergehenden, die durch uns und  
viele rechtssozialistische Organe mit Recht aufs schärfste kritisiert  
worden waren. Im Grunde genommen ist nur die Fassung etwas  
stärker geworden und die Forderungen des praktischen Teiles sind  
knapper formuliert. In der Kommission ist er mit 29 gegen  
2 Stimmenhaltung angenommen worden, wie Loeb in seinem  
Bericht über die Kommissionarbeit mitteilt. Die beiden Re-  
sultate sind Markwald und Ströbel. Sie versuchten in der  
Debatte eine Verschiebung der Entscheidung auf den nächsten Par-  
teitag zu erreichen. Der Entwurf wurde von ihnen aufs schärfste  
kritisiert. Ströbel sprach von Ideenlosigkeit und Charakterlosig-  
keit, von einem Amutogenie. Besonders bemängelte er, daß  
über die Sozialisierung nichts Näheres gesagt werde, daß man den  
Weg zu ihrer Durchführung nicht angebe und mit verschommenen  
Begriffen, wie Gemeinwirtschaft, operiere, worunter nichts weiter  
als Planwirtschaft nach dem Muster der bestehenden Eisen- und  
Kohlenbewirtschaftung zu verstehen sei. Er griff in seiner Kritik  
auch auf den Beschluß zur Koalitionspolitik zurück. Wenn man  
seinerzeit den Bülow-Block, die Koalition zwischen Liberalen und  
Konservativen als Paarung zwischen Kaninchen und Karpfen ver-  
schämt habe, wie wolle man denn die politische Pervertit einer  
Paarung zwischen Schwerindustrie und Arbeiterpartei kenn-  
zeichnen? Markwald bemängelte, daß man u. a. nicht die  
politische Gleichberechtigung der Soldaten und die Forderung der  
Wohlfahrt auf Reichstagsauflösung in den Entwurf gesetzt  
habe. Im grundsätzlichen Teil sei der Kampfbegriff in den  
Hintergrund geschoben worden, deshalb werde das Programm in  
der Arbeiterschaft keinen Widerhall wecken. Beide Kritiker hatten  
nur den Welsfall eines unerheblichen Teils der Tagung.

Stampfer verteidigte sein Kind — die Fassung des prin-

zipiellen Teils ist von ihm — mit Wärme. Ströbel habe nur  
Schlagworte gegeben; wenn man Einzelheiten der Sozialisierung  
festlegen wolle, gerate man in die Gefahr des Utopismus. Markwald  
sei das warnende Beispiel. Unter Gemeinwirtschaft verstehen alle  
Kommissionenmitglieder außer Ströbel die Sozialisierung im Sinne  
des Kaiser Reichs. Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb es  
dann nicht einfach gesagt wird, sondern ein leicht mißzuverstehender  
Ausdruck eingesetzt wird. Stampfer feierte dann das Bekenntnis  
zum Staat, wozu die Partei durchgedrungen sei — es ist uner-  
wünscht, wie es Staatsfeindschaft in der früheren Sozialdemokratie  
voraussetzt. Damit sei die wahre Staatspartei die Partei der  
Republik geworden. Schließlich nahm er das Wort einer sehr  
empfindenden Frau auf: Die Partei nehme mit der Aufgabe des  
Erweiterungsprogramms Abschied von ihrer Jugend, um die reifere  
und gestärktere Begeisterung des Mannesalters für die Sache zu  
empfinden.

Otto Braun und Adolf Braun sprachen vornehmlich  
polemisch gegen Ströbel und Markwald. Adolf Braun wurde  
dabei am ausführlichsten. Markwald war er vor, er habe kein  
Verantwortlichkeitsgefühl. Man müsse ihn bei der Kritik belassen,  
beim Aufbau sei er nicht zu gebrauchen. Seine Worte über die  
Koalitionspolitik könnten vielleicht die Programmkommission  
irritieren, aber nicht zum Schutze der Republik beitragen. Ströbel  
antwortete er, daß er guten Ton aus der USPD. herübergebracht  
habe. Dabei werde aber der Unabhängige Crispian immer noch  
geschelter sein als wir und Ströbel. Eine Probe des guten Tones  
der USPD. gab er, als er während gegen die Klugscheitel der  
USPD. wertete.

Bernstein meinte, das Programm werde nicht, wie einige  
befürchteten, eine Wand gegen die Einigung mit der USPD. sein.  
Wahrscheinlich sei nicht das Programm, sondern die Politik. Wenn  
man über sie zur Verständigung gelangt sei, komme die Einigung  
sicher. Die USPD. habe ja selbst ein Aktionsprogramm geschaffen,  
das sich weit von den Grundzügen des Erfurter Programms ent-  
ferne. Wir hoffen auf die Einigung, aber wir haben auch Rücksicht  
auf die Bedürfnisse unserer Partei, die Agitation, zu nehmen. Eine  
Absicht von Marxismus bestreitet Bernstein. In seiner An-  
erkennung ist alles eint, es bestehen höchstens Differenzen über seine  
Anwendung.

David sich einen Vorzug des Programms darin, daß das  
Programm vorsichtig sei mit dem Aussprechen allgemeiner Wahr-  
heiten; denn es gäbe viel mehr Probleme als Wahrheiten. Er  
forderte die baldige Schaffung eines Agrarprogramms, das zur  
Gewinnung der Arbeiterbauern dienen müsse. Eine Aufstellung  
des Großgrundbesitzes zu Siebungen oder Bauernwirtschaften ist  
nach ihm Entziehung des Grund und Bodens aus kapitalistischer  
Ausbeutung, Nichtbestehen des Privateigentums.

Am Schluß forderte Döbe um des Ansehens der neuen Fahne,  
der Beurteilung des neuen Programms willen, daß die Annahme  
möglichst einstimmig erfolgen möchte. Das Programm wurde denn  
auch en bloc mit allen gegen 5 Stimmen unter lebhaftem Beifall  
des Parteitages angenommen.

Die Vorstandswahl hat die Wiederwahl der bisherigen Mit-  
glieder ergeben. Als Kandidaten der Opposition erhielten Ströbel  
115, Markwald 37 Stimmen. — Die heutige

### Schlußtagung des Parteitages

brachte noch eine Ansprache des Vertreters der Sozialisten der  
tatarischen Republik Uferbeidshan. Der Redner, Ali Bekoff  
aus Baku, überbrachte die Grüße und Wünsche seiner Partei und  
protestierte in heftigen Worten gegen die Unterdrückung der  
Republik Uferbeidshan durch die Sowjetregierung. Bernstein  
überreichte seine Ausführungen, die lebhaften Beifall des Partei-  
tages fanden.

Nach der Erledigung der noch ausstehenden Anträge ergriß  
Wels das Schlußwort. Er feierte den Parteitag als einen  
Parteitag der Arbeit und wandte sich besonders dem Beschluß über  
die Regierungsbildung zu. Wie richtig er sei, zeige die Presse der  
Deutschen Nationalen, die außerordentlich wild über den Willen zur  
Macht schimpfte, der darin ausgedrückt sei. Zurückweisen aber müsse  
er Auslegungen, die dieser Beschluß in gewissen Kreisen der  
Deutschen Volkspartei gefunden habe, wonach es ausfallen  
sollte, als wenn nun die Deutsche Volkspartei dazu berufen sei, die  
Regierung zu formen. Das zeige besonders deutlich die Hege gegen  
den Reichskanzler, daß Wirth für die Sozialdemokratie und über  
sie hinaus in den von ihr linksstehenden Parteien als der einzige  
bürgerliche Politiker gelte, der populär ist. (Lebhafter Beifall.)  
Wirth solle nicht vergessen werden, daß er erklärt habe, im Falle  
eines Bürgerkrieges werde er aufstellen der Arbeiterschaft stehen-  
der Werba glaube, daß die Sozialdemokratie denen Handlangerdienste  
leisten würde, die diesen Kanzler befehligen wollten, habe die Reg-  
ierung ohne die Sozialdemokratie gemacht. Der Beschluß zur Reg-  
ierungsbildung sei keine Wendung der sozialdemokratischen  
Politik, sondern nur die konsequente Durchführung ihrer Haltung,  
die durch die Haltung der bürgerlichen und der links von ihr stehen-  
den Parteien bedingt sei. Daß man nicht anders verfahren könne,  
wenn man sich an der Regierung beteiligen wolle, hätten die Unab-  
hängigen vor drei Tagen erst in Thüringen bewiesen, wo die For-  
derungen, die sie wegen der Beteiligung an der Regierung aufstellten  
füllen, auch nicht über die Forderungen hinausgingen, die hier  
in Görlich formuliert worden sind. Wels vergißt dabei nur, daß  
unser Thüringer Genossen nicht in den Wahnglauben versallen sind,  
zu meinen, daß man solche Forderungen mit der Stinnespartei  
durchführen könne. Wels feierte weiter die Demonstration gegen  
Nahr-Bayern, die mehr als eine Demonstration gewesen sei, ge-  
dient der Arbeiterschaft im Saarrevier, im besetzten Gebiet und in  
Obereschlesien und gelobt Treue um Treue. Die Partei habe auf  
diesem Parteitag zum Ausdruck gebracht, daß sie keinen Richtungs-  
streit mehr wolle, Einheitspolitik, das sei jetzt die Devise, die die  
Organisation in wenigen Monaten zu hoher Höhe geführt, und  
so müsse es bleiben. Das wichtigste Ergebnis des Parteitages sei  
die Schaffung des Programms. Er vertraue darauf, daß es in  
seiner Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht hinter dem Erfurter  
Programm zurückbleiben werde. Daß die Partei sich dieses Pro-  
gramm in dieser stürmischen Zeit geben konnte, beweise ihre  
Aktionsfähigkeit und ihren festen Willen zur politischen Macht.  
Dieses Programm sei ein Bekenntnis der Staatsgesinnung, ein  
Bekenntnis für die Republik. Die deutsche Sozialdemokratie wolle  
unter dem großen Banner der Internationale und den schwarz-  
rot-goldenen Farben der deutschen Republik der Arbeiterschaft  
führend vorangehen. Er schließt mit einem Hoch auf die inter-

nationalen, völkerbefreiende Sozialdemokratie unter dem stürmischen  
Beifall seiner Zuhörerschaft, worauf die Arbeitermarkeise ange-  
stimmt wird.

## Zur Zeit noch verfrüht.

Unter der Überschrift: Die Regierungsbildung erklärt die  
Deutsche Allgemeine Zeitung: „In der Presse nehmen jetzt Be-  
trachtungen über die Regierungsbildung im Reich und in  
Preußen einen großen Raum ein. Auch die Streitfrage, ob Reichs-  
kanzler Dr. Wirth bleibt, oder einem Nachfolger Platz machen  
soll, wird vielfach erörtert. Uns scheint es, als ob all diese Mut-  
maßungen zur Zeit noch verfrüht sind. Bis heute haben Verhand-  
lungen irgendwelcher Art mit der hierfür in Frage kommenden  
Deutschen Volkspartei noch nicht in irgendeiner Form  
stattgefunden. Es ist auch fraglich, daß die Regierungsbildung  
sich bereits in allerhöchster Zeit vollziehen wird, zumal im Reich.  
Zunächst dürften in der nächsten Woche Vorverhandlungen an-  
beraumt werden, die sich auf die Veränderung der preussischen Reg-  
ierung beziehen. Die Initiative zu diesen Verhandlungen werden  
die bisherigen Koalitionsparteien ergreifen müssen.“

Es ist also nur zur Zeit verfrüht, wenn man aus den  
Treibereien deutscher völksparteilicher Führer gegen den Reichs-  
kanzler den Schluß zieht, daß es dieser Partei vor allem um die  
Beseitigung Wirths zu tun ist. Später wird sich dann schon zeigen,  
daß dies ihr Ziel ist und dann wird es auch gelingen, so hofft man  
im Sinnestage wenigstens, den unbequemen Demokraten los zu  
werden.

Sinnes selbst greift auch bereits kräftig in den Kampf ein,  
nicht indem er Wirth persönlich angreift, dies überläßt er seinen  
jungem Leuten wie Stresemann, sondern, indem er dessen Aus-  
landspolitik unterminiert und diskreditiert. Einem Auswärtiger  
des Washingtoner Saturday Evening News hat er wegen  
der Erfüllung der Reparationspflichten erklärt:

„Es ist unmöglich, das ganze System ist falsch. Zu-  
nächst sind die Summen zu hoch und derartige Summen sind uner-  
träglich. Zweitens: Um die erste Rate zu bezahlen, sind wir gezwun-  
gen, auswärtige Devisen aufzukaufen mit dem Ergebnis, daß ein  
stürmisches Verlangen nach Dollar herrscht, während die Mark  
sinken muß. Dadurch muß die deutsche Notenpresse in Bewegung  
gesetzt werden und unser Kredit fällt immer mehr. Wie auch  
immer man die Entschädigungsfrage betrachtet, man werde immer  
finden, daß sie unmöglich ist.“

Frankreich hätte von Deutschland Materialien und Arbeiter  
schon vor zwei Jahren für den Wiederaufbau haben können, aber  
es scheint, daß Frankreich den Wiederaufbau nicht wünsche oder  
daß es nur die vollkommene Erniedrigung Deutschlands suche.

Die einzige praktische Allianz wäre ein wirtschaftlicher Völker-  
bund zwischen den Vereinigten Staaten, England und Deutsch-  
land.“

Diese unverhämte Hege gegen Frankreich in einem Augen-  
blick treiben, wo die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen  
aufgehoben werden sollen. Ist geradezu ein Verbrechen an Deutsch-  
land. Wenn es Sinnes gelingt, die Außenpolitik Wirths durch  
seine Treiber zu durchkreuzen und zu Mißerfolgen zu bringen,  
dann müssen die Stinneschen Frechtarbeiten die Schuld daran  
an dem dem Reichskanzler zuschieben, damit seine Stellung in  
der Deutschen Öffentlichkeit geschwächt wird.

Es ist eine saubere Kunst von Politikern, diese deutschen Volks-  
partei, mit denen die Rechtssozialisten sich soeben anschließen,  
einen politischen Ehekonzert zu schließen.

## Die „Räterepublik“ Cöthen vor dem Reichsgericht.

Am 20. August vorigen Jahres wurde in Cöthen von Kom-  
munisten die Räterepublik ausgerufen und Rathaus, Post, Bahn-  
hof wurden ohne Widerstand besetzt. Als aber am andern Tage  
bekannt wurde, daß die Annahme der Räterepublik, auch in Halle,  
Leipzig und Magdeburg sei die Räterepublik ausgerufen, falls  
sie, brach die Herrlichkeit sofort zusammen, die öffentlichen Ge-  
bäude wurden freigegeben, Post, Telegraph und Verkehr funk-  
tionierten wieder in voller Ordnung.

Gestern begann nun vor dem Reichsgericht das hochnotpein-  
liche Verfahren gegen die Räterepublik. Ein Aufgebot von elf  
Richtern soll nicht weniger als 22 Angeklagte, die von sechs Rechts-  
anwälten verteidigt werden, wegen Aufruhrs und Hochverrats ver-  
urteilen. Und das, obgleich ein Teil der Angeklagten wegen der  
gleichen Sache schon von einem außerordentlichen Ge-  
richt in Dessau in derselben Sache verurteilt worden ist!

Die Verteidigung sucht bei Eintritt in die Verhandlung die  
Nichtigkeit der Verurteilung des Reichspräsidenten über die  
Bildung von Ausnahmegerichten an. Diese Verurteilung bedeutete  
einen Verfassungbruch. Wenn das Reichsgericht sie für zu Recht  
bestehend ansehen würde, könne der Präsident in Zukunft jedes  
ordentliche Gericht außer Kraft setzen oder es nach Belieben mit  
Gewerkstatthaltern oder ähnlichen Personen besetzen, wenn er  
nur einer gefälligen Koalition im Reichstag sicher sei. Sollte das  
Reichsgericht sich jedoch der Ansicht der Verteidigung nicht an-  
schließen, so beantragen die Verteidiger die Niederlegung des  
Verfahrens bei den schon vom Ausnahmegericht verurteilten An-  
geklagten. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Ver-  
teidigung nicht an, sondern will erst bei den einzelnen Angeklagten  
prüfen, ob sie in Dessau wegen Hochverrats oder wegen eines  
andern Deliktes verurteilt seien.

Aus den bisherigen Vernehmungen der Angeklagten geht  
hervor, daß sie glauben, durch ihre Aktion einem Schlag der Re-  
aktion zuvorkommen zu können, und daß sie annehmen, als der  
telegraphische Befehl zum Losschlagen kam, daß in Magdeburg und  
im übrigen Deutschland die Reaktion losgeschlagen habe. Als sich  
das am andern Tage als Irrtum herausstellte, machte man mit  
der Sache Schluss. Bezeichnend ist, daß der Angeklagte Boas vor  
dem Untersuchungsgericht ausgesagt haben soll, in ganz Deutsch-  
land solle die Räterepublik ausgerufen werden, dann gehe es ge-  
meinsam mit den Russen gegen die Franzosen. Boas befreit aber,  
den Ausbruch getan zu haben.

Die Fragen des Präsidenten hören sich an, als würden sie an  
der Hand eines Spießbüchsen gestellt. Man möchte gar zu gern  
die Existenz einer roten Armee nachweisen können.

Wie stark die Richter in ihren Klassenanschauungen befangen  
sind, zeigte die sehr naive Frage des einen Besitzers, inwiefern  
die vorgenommene Entwaffnung der Polizei zur Verhütung der  
Masse dienen sollte. Die Verteidiger dienten dem wissbegierigen  
Herrn nicht schlecht, als sie ausführten, es sei doch allgemein be-  
kannt, daß die Arbeiterpartei überzeugt sei, die Polizei halte es  
immer mit den Rechtsparteien und den Hochverrätern von rechts!  
— Und der Präsident schwang sich in vollendeter Harmlosigkeit  
logar zu der Frage, an den Angeklagten Boas auf: „Ja, glauben  
Sie denn, daß jeder Rechtspolitiker den Arbeitern schadet? Der  
ändert doch nur die Regierungsform?“

Wenn die Richter mit so wenig Verständnis für das Denken  
und Fühlen der Masse ihr Urteil sprechen werden, so steht zu be-  
fürchten, daß hier ein Spruch gefällt wird, der um so aufreizender  
wirken wird, als er nicht von einem Ausnahmegericht, sondern  
von Berufsrichtern des höchsten deutschen Gerichtshofes ausge-  
sprochen wird.

Die Verhandlungen sollen nicht weniger als acht Tage  
dauern — eine Aufmachung, die in gar keinem Verhältnis zur Tat  
selber steht.